



Basel, 22.06.2016

Resolution

AKW Fessenheim und AKW Beznau sofort schliessen

Die Menschen in der Nordwestschweiz, in Baden-Württemberg und im Elsass sind besorgt, dass die Vielzahl technischer Mängel der beiden ältesten Kernkraftwerke Frankreichs und der Schweiz zu einem Unfall führen können, der unsere Heimat im weiten Umkreis für lange Zeit unbewohnbar macht.

Die Erfahrungen in Japan haben gezeigt, dass Ereignisse auftreten können, die – im Vergleich mit anderen technischen Risiken – zu unabschätzbaren und dauerhaften katastrophalen Schäden führen. Das Aufschieben der Stilllegung der Altreaktoren ist zu riskant. Die Kernkraftwerke Beznau und Fessenheim erfüllen beide die gesetzlichen Schutzbestimmungen nicht:

- Fessenheim entspricht nicht dem Stand der in der Post-Fukushima-Ära verabschiedeten, international akzeptierten Sicherheitsnormen (WENRA-Standards). Dazu bräuchte es Investitionssummen, die auf mehrere hundert Millionen Euro geschätzt werden.
- Beznau erfüllt das gesetzliche Kriterium nicht, wonach ein 10'000-jähriges Erdbeben eine radioaktive Belastung der Bevölkerung von maximal 1 Millisievert verursachen darf. Der vom ENSI publizierte Wert liegt um das 78-Fache höher. Das Ausmass an Kungelei der Aufsichtsbehörde ENSI mit den Betreibern der Atomkraftwerke ist erschreckend. Das ENSI arbeitet weder unabhängig noch gesetzeskonform.

Der Trinationale Atomschutzverband (TRAS) wird nichts unversucht lassen, um die von der französischen Regierung mehrfach angekündigte, aber nach wie vor nicht beschlossene Schliessung des AKW Fessenheim zu erreichen. Ebenso wird TRAS alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um den Rechtsbruch durch die Beamten des ENSI bezüglich der zu erfüllenden Sicherheitsnormen des AKW Beznau durch das Schweizerische Bundesgericht korrigieren zu lassen.

Eine ausreichende Nachrüstung der Anlagen in Fessenheim und Beznau ist technisch nicht möglich und kann von den beiden Eignern Axpo und Electricité de France auch gar nicht mehr finanziert werden. Beide Kernkraftwerke verursachen hohe finanzielle Defizite. Ihre Gestehungskosten liegen über dem Marktpreis für Elektrizität an den Strombörsen. Die laufenden Defizite und die Kosten für Atom-müll werden nachfolgenden Generationen überbürdet. Das ist unakzeptabel.

Rechtsverbindliche Schliessung von Fessenheim

Das AKW Fessenheim gefährdet den grössten Aquifer Europas, der 30 Millionen Menschen mit Trinkwasser versorgt. Wir appellieren an den französischen Präsidenten François Hollande und an Frau Ministerin Ségolène Royal, das Werk noch 2016 unwiderruflich und für immer zu schliessen.

Nichtinbetriebnahme von Beznau 1, Schliessung von Beznau 2

Wir appellieren an das ENSI, der still stehenden Anlage Beznau 1 keine Genehmigung zum Wiederanfahren zu erteilen. Die Zahl der Schwachstellen und das Alter des Reaktordruckbehälters sprechen klar dagegen. Beznau 2 erfüllt die Bestimmungen zum Schutz vor Erdbeben nicht und muss deshalb ebenfalls gesetzlich zwingend unverzüglich stillgelegt werden.

Ja zum Atomausstieg in der Schweiz

Wir rufen die Schweizer Bevölkerung auf, am 27. November Ja zu stimmen für einen geordneten Atomausstieg. Der Weiterbetrieb der bestehenden Anlagen gefährdet die Bevölkerung in unakzeptabler Weise und vergrössert die finanziellen Defizite der Betreibergesellschaften. Später fehlt dieses Geld zur Finanzierung der Entsorgungskosten.

Diese Resolution richtet sich an

- den Präsidenten der Republik Frankreich
- die französische Umweltministerin
- die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
- die Regierung des Landes Baden-Württemberg
- die zuständigen Institutionen der EU
- die Electricité de France (EDF)
- den Conseil Départemental du Haut-Rhin als Träger der CLIS
- die ASN (Autorité de Sûreté Nucléaire) – französische Nuklearaufsicht
- die Leitung des Kernkraftwerks Fessenheim
- die Leitung des Kernkraftwerks Beznau
- die Besitzerin der Kernkraftwerks Beznau (Axpo)
- die schweizerischen Regierungsbehörden (Bundesrat in Bern und Kantone Aargau, Bern, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft)
- an das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI

TRAS vertritt die Interessen von 100 politischen Gemeinden, mehreren Landkreisen und Kantonen, Kirchgemeinden sowie von 61 weiteren Organisationen und zahlreichen Einzelpersonen aus den drei Ländern Deutschland, Frankreich und der Schweiz.

www.atomschutzverband.ch